

Antrag der Fraktion UFFBASSE vom 19.04.2023 betr. Bewerbung als Modellregion



Pützerstraße 6
64287 Darmstadt
www.uffbasse-darmstadt.de

Darmstadt, 19.04.2023

Antrag

Bewerbung als Modellregion

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

eine Bewerbung für die Wissenschaftsstadt Darmstadt als Modellregion für die Pläne der Bundesregierung im Rahmen der Cannabis-Legalisierung „CARE“ auszufertigen und einzureichen.

Begründung:

Mitte April 2023 präsentierte die Bundesregierung Pläne zur Cannabis-Legalisierung vor: „CARE“ (Club Anbau & Regionalmodell). Vorgesehen ist hier, dass in einem ersten Schritt der private Eigenanbau sowie Anbau von Cannabis in Vereinen bundesweit legalisiert wird. Die zweite Säule bilden Modellregionen. In diesen soll der kommerzielle Verkauf von Cannabis in Fachgeschäften ermöglicht werden.

Hierdurch eröffnen sich endlich handfeste Perspektiven für eine Entkriminalisierung von Cannabiskonsum sowie Möglichkeiten für eine verantwortungsbewusste Legalisierung. Cannabis ist längst eine Volksdroge. Der Konsum sollte genauso normal und legal sein wie der von Alkohol.

Die Kriminalisierung wirkt heutzutage wie ein Relikt und völlig aus der Zeit gefallen. Aktuell werden in Deutschland 10 Millionen strafrechtliche Ermittlungsverfahren aufgrund von Cannabisdelikten geführt. Mehr als 500.000 Menschen wurden infolge der Prohibition von Cannabis inhaftiert. So werden jährlich Millionen Steuergelder verschwendet.

Das neue Papier der Bundesregierung verspricht endlich Fortschritt. Vorgesehen ist, dass in Modellregionen Unternehmen „in einem lizenzierten und staatlich kontrollierten Rahmen“ die Produktion, der Vertrieb und die Abgabe von Genusscannabis in Fachgeschäften für Erwachsene erlaubt werden soll.

Das Projekt zielt in dieser Form darauf ab, den Cannabis-Schwarzmarkt zurückzudrängen, den Konsum nicht mehr zu stigmatisieren und zu kriminalisieren sowie den Bezug von Cannabis aus dem illegalen Handel mit anderen harten Drogen herauszulösen. Dies erschwert und verhindert den Einstieg in stärkere Drogen und ermöglicht, Kinder, Jugendliche und Verbraucher deutlich gezielter und wirksamer zu schützen. Nicht zuletzt auch, weil durch den

legalen Verkauf Steuereinnahmen generiert werden, die eine Finanzierung von Schutz- und Aufklärung ermöglichen.

Begleitet wird das Projekt dabei von einer wissenschaftlichen Prüfung und ergebnisoffenen Evaluation. Gewonnen werden sollen Erkenntnisse zu den Auswirken auf Gesundheits- und Jugendschutz sowie den Schwarzmarkt. Ziel ist, die Ergebnisse auch dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen. Hierfür bietet die Wissenschaftsstadt Darmstadt, aufgrund ihrer Bevölkerungsstruktur, ihrer vergleichsweise überschaubaren Größe und ihres zur Studienbegleitung geeigneten akademischen Umfelds ideale Strukturen.

Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Antrags.

Vielen Dank.

Kerstin Lau, Marc Arnold, Sebastian Schmitt, Carmen Stockert, Till Mootz